



**Geschäftsführung
Ausschuss Allgemeine Verwaltung
und Rechtsfragen**

Ansprechpartner/in: Frau Meier

Telefon: (0221) 221-26102

Fax: (0221) 221-26565

E-Mail: kathryn.meier@stadt-koeln.de

Datum: 26.03.2008

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen** in der Wahlperiode 2004/2009 am Montag, dem 25.02.2008, 15:35 Uhr bis 16:50 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzende/r

Herr Michael Zimmermann SPD

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Margret Dresler-Graf	CDU	
Herr Dr. Ralph Elster	CDU	
Herr Winrich Granitzka	CDU	
Herr Alfred Hoffmann	CDU	(i.V. für Herrn Dr. Schoser)
Frau Polina Frebel	SPD	
Herr Axel Kaske	SPD	(i.V. für Herrn Neubert)
Frau Susana dos Santos Herrmann	SPD	
Frau Brigitta von Bülow	Grüne	
Herr Andreas Wolter	Grüne	
Herr Dietmar Repgen	FDP	

Mitglieder mit beratender Stimme gem. § 58 Abs. 1 Satz 7-12 GO NRW

Herr Jörg Detjen	Die Linke.Köln
Herr Volker Jung	pro Köln

Sachkundige Einwohner/innen mit beratender Stimme nach § 58 Abs. 4 GO NRW und § 21 der Hauptsatzung

Herr Axel Hopfauf	Auf Vorschlag der CDU
Herr Julius Knappertsbusch	auf Vorschlag der CDU
Frau Iris Koppmann	Auf Vorschlag der SPD
Herr Franz Hess	Auf Vorschlag der Grünen
Herr Martin Schmitz	Auf Vorschlag der FDP

Sachkundige Einwohner nach § 22 und § 23 a der Hauptsatzung

Herr Ali Esen	(entschuldigt)
Frau Adelheid Langes	

Verwaltung

Herr Wolfgang Büscher
Herr Wolfgang Heintz
Frau Ursula Herx
Herr Stadtdirektor Guido Kahlen
Herr Robert Kilp
Herr Hans-Jürgen Petry
Herr Gero Schmidt

Gleichstellungsbeauftragte

Frau Christine Kronenberg

GPR

Herr Friedel Giesen-Weirich (entschuldigt)

Schriftführer/in

Frau Kathryn Meier

Presse

Zuschauer

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Herr Zimmermann verweist auf folgende Vorschläge zur Ergänzung der Tagesordnung:

I. Öffentlicher Teil

- 2.4. Beantwortung von mündlichen Anfragen aus der AVR-Sitzung am 21.01.2008
Bericht Stationäre Geschwindigkeitsmessenanlagen auf der B55a (Zoobrücke)
- 3.2. Der Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung zurückgezogen
- 3.3. aktuelle Informationen zum Bleiberecht - Januar 2008
- 3.4. Vereinbarung zwischen Taxi Ruf Köln eG. und Stadt Köln zur Qualitätsverbesserung im Taxigewerbe
- 3.5. Standort Kölner Oktoberfest
- Zu 5.1 Stellungnahme der Verwaltung
- 8.1. hier: Antrag von City-Marketing Köln, Richard-Wagner-Str. 16, 50674 Köln auf Durchführung einer Begleitveranstaltung "Köln auf dem Weg nach Peking" zum verkaufsoffenen Sonntag am 06.04.2008 auf dem Neumarkt und Zurverfügungstellung des Neumarktes incl. Auf- und Abbauzeiten vom 05.04. bis zum 06.04.2008
0790/2008
- 9.7. Die Vorlage wird in den nichtöffentlichen Teil der Sitzung (TOP 15.2) verschoben
- 9.9. Der Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung zurückgezogen
- Zu
9.10. Ergänzende Mitteilung der Verwaltung zur Öffentlichen Ausschreibung der Weihnachtsmärkte auf dem Alter Markt/Heumarkt und/oder auf dem Neumarkt

- 9.12. Einrichtung von sieben Mehrstellen für die Objektbetreuung an Schulen, Kindertagesstätten und Verwaltungsgebäuden
5417/2007
- 9.13. Änderung der Vergnügungssteuersatzung für Spielgeräte
0225/2008

II. Nichtöffentlicher Teil

- 15.1. Verlängerung eines Rahmenvertrages über Mobilfunk
5315/2007

Der Ausschuss ist mit der Tagesordnung in folgender Fassung einverstanden:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

2 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

- 2.1 Beantwortung der Anfrage der FDP-Fraktion vom 19.12.2007
"Mikrozensus 2004 (Kölner Statistische Nachrichten: Das Sicherheitsgefühl der Kölner Bevölkerung) und Mikrozensus 2007"
0228/2008
- 2.2 Beantwortung der Anfrage der SPD-Fraktion vom 03.12.2007
Chancengleichheit bei Bewerbungen um Stellen im öffentlichen Dienst
5515/2007
- 2.3 Beantwortung einer Anfrage von Herrn Detjen vom 29.10.2007
Ausbildungsquote bei der Stadt Köln
0538/2008
- 2.4 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus der AVR-Sitzung am 21.01.2008
Bericht Stationäre Geschwindigkeitsmessanlagen auf der B55a (Zoobrücke)
0608/2008

3 Mitteilungen der Verwaltung

- 3.1 Information und Kommunikation zwischen Oberbürgermeister bzw. Dezernaten und den neun Bezirksvertretungen
0253/2008
- 3.2 Der Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung zurückgezogen

3.3 aktuelle Informationen zum Bleiberecht - Januar 2008
0646/2008

3.4 Vereinbarung zwischen Taxi Ruf Köln eG. und Stadt Köln zur Qualitätsverbesserung im Taxigewerbe
0278/2008

3.5 Standort Kölner Oktoberfest
0737/2008

4 Allgemeine Verwaltungsorganisation

5 Schriftliche Anfragen

5.1. Zusammenarbeit zwischen der Stadt Köln und der Bundeswehr im Rahmen der "ZMZ Inneres"
Anfrage der Fraktion Die Linke.Köln vom 12.02.2008
AN/0250/2008

5.1.1 Stellungnahme der Verwaltung
0798/2008

6 Mündliche Anfragen

7 Anträge

8 Platzvergaben

8.1 Neumarkt
hier: Antrag von City-Marketing Köln, Richard-Wagner-Str. 16, 50674 Köln auf Durchführung einer Begleitveranstaltung "Köln auf dem Weg nach Peking zum verkaufsoffenen Sonntag am 06.04.2008 " auf dem Neumarkt und Zurverfügungstellung des Neumarktes incl. Auf- und Abbauzeiten vom 05.04.2008 bis zum 06.04.2008
0790/2008

9 Allgemeine Vorlagen

9.1 Neubau des Bezirksrathauses Rodenkirchen
4946/2007

- 9.2 Änderung der Hauptsatzung der Stadt Köln
4952/2007

Gemeinsamer Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen vom 21.01.08
- 9.3 Einführung eines neuen elektronischen Dokumentations- und Abrechnungssystems im Rettungsdienst bei 37
5386/2007
- 9.4 1. Satzung zur Änderung der Satzung der Volkshochschule Köln (Volkshochschul-satzung)
2779/2007
- 9.5 Neufassung der Satzung über die Erhebung von Gebühren und Kostenersatz für die Leistungen der Berufsfeuerwehr und der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Köln (Feuerwehrsatzung)
4805/2007
- 9.6 Einrichtung eines "Gefährdungsmeldungs-Sofort-Dienst" (GSD) des Amtes für Kinder, Jugend und Familie zur Bearbeitung von Meldungen mit Verdacht auf Kindeswohlgefährdung
0016/2008
- 9.7 Die Vorlage wurde in den nichtöffentlichen Teil der Sitzung (TOP 15.2) verschoben
- 9.8 Erlass einer Rechtsverordnung nach § 6 Ladenöffnungsgesetz NRW (LÖG NRW) für die Genehmigung der Sonderöffnung von Verkaufsstellen in verschiedenen Kölner Stadtteilen
0301/2008
- 9.9 Der Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung zurückgezogen
- 9.10 Öffentliche Ausschreibung der Weihnachtsmärkte auf dem Alter Markt/Heumarkt und/oder auf dem Neumarkt
4685/2007

Ergänzende Mitteilung der Verwaltung
0684/2008
- 9.11 Beschluss über die ordentliche Mitgliedschaft der Stadt Köln beim Türkisch-Deutschen Industrie- und Handelskammer - Unternehmerverband e. V. (TD-IHK)
0380/2008
- 9.12 Einrichtung von sieben Mehrstellen für die Objektbetreuung an Schulen, Kindertagesstätten und Verwaltungsgebäuden
5417/2007

- 9.13 Änderung der Vergnügungssteuersatzung für Spielgeräte
0225/2008

II. Nichtöffentlicher Teil

10 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

11 Mitteilungen der Verwaltung

- 11.1 Haushaltsstrukturanalyse
0132/2008

12 Schriftliche Anfragen

13 Mündliche Anfragen

14 Anträge

15 Allgemeine Vorlagen

- 15.1 Verlängerung eines Rahmenvertrages über Mobilfunk
5315/2007
- 15.2 Einlegung Rechtsmittel gegen Grunderwerbssteuerbescheid
0200/2008

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

Frau Kronenberg verteilt einen Entwurf der Informationsbroschüre zum Internationalen Frauentag und verweist auf eine weitere Berichterstattung in einer der nächsten Sitzungen.

2 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

2.1 Beantwortung der Anfrage der FDP-Fraktion vom 19.12.2007 "Mikrozensus 2004 (Kölner Statistische Nachrichten: Das Sicherheitsgefühl der Kölner Bevölkerung) und Mikrozensus 2007" 0228/2008

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 1). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

2.2 Beantwortung der Anfrage der SPD-Fraktion vom 03.12.2007 Chancengleichheit bei Bewerbungen um Stellen im öffentlichen Dienst 5515/2007

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 2). Der Ausschuss nimmt Kenntnis. Die Beratung erfolgt gemeinsam mit der Mitteilungsvorlage „Ausbildungsquote bei der Stadt Köln“ (TOP 2.3).

Herr Detjen führt aus, die Verwaltung habe einige Möglichkeiten aufgezeigt, einen Migrationshintergrund von Bewerbern zu berücksichtigen, dennoch seien noch weitere Maßnahmen wünschenswert. Er informiert über eine interessante Diskussionsveranstaltung mit der Forschungsstelle Interkulturelle Studien der Universität Köln (FIS), an der Mitglieder aller Fraktionen teilgenommen hätten. Ihn interessiere eine mögliche Kooperation der Stadt Köln mit der FIS, um an der Themenstellung Interkulturelle Kompetenz weiterzuarbeiten.

Des Weiteren regt Herr Detjen an, einige Mitarbeiter für Arbeiten und die Entwicklung von Maßnahmen zur Verstetigung der Ausbildungsquote abzustellen. Darüber hinaus bitte er zu prüfen, ob für den Stadtteil Kalk die Einrichtung einer separaten Ausbildungsbörse in Betracht komme.

Weiterhin solle der Ausbildungsbericht auch den in die Aufsichtsräte der städtischen Beteiligungsunternehmen entsandten Ratsmitgliedern zur Verfügung gestellt werden, da daraus ersichtlich werde, dass diese Unternehmen die angestrebte Ausbildungsquote von 6% nicht erfüllen würden.

Herr Kahlen sagt eine Stellungnahme zu einer der nächsten Sitzungen zu.

Frau dos Santos Herrmann bittet, die Vorlage „Chancengleichheit bei Bewerbungen um Stellen im öffentlichen Dienst“ auch dem Integrationsrat zur Kenntnis zu geben.

Herr Zimmermann lobt die Mitteilungsvorlagen. Die beschriebenen Maßnahmen seien sehr zu begrüßen, auch wenn sicherlich noch Verbesserungsmöglichkeiten bestünden.

**2.3 Beantwortung einer Anfrage von Herrn Detjen vom 29.10.2007
Ausbildungsquote bei der Stadt Köln
0538/2008**

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 3). Der Ausschuss nimmt Kenntnis. Die Beratung erfolgt gemeinsam mit der Vorlage „Chancengleichheit bei Bewerbungen um Stellen im öffentlichen Dienst“ unter TOP 2.2.

**2.4 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus der AVR-Sitzung am
21.01.2008
Bericht Stationäre Geschwindigkeitsmessenanlagen auf der B55a (Zoobrücke)
0608/2008**

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 4). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Zimmermann bemerkt, die Mitteilung bestätige erste Erkenntnisse, dass die Installation der Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen einen Rückgang der Unfallzahlen bewirke. In der Gegenrichtung sei die Zahl der Unfälle dagegen gestiegen, so dass auch hier gegebenenfalls über weitere Maßnahmen nachzudenken sei.

3 Mitteilungen der Verwaltung

**3.1 Information und Kommunikation zwischen Oberbürgermeister bzw. Dezernaten und den neun Bezirksvertretungen
0253/2008**

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 5). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Zimmermann begrüßt die ausführliche Darstellung in der Vorlage. Eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Bezirksvertretungen sei dringend notwendig, beispielsweise hinsichtlich der Beantwortungsdauer von Anfragen. Hier komme den Bürgeramtsleitern eine Schlüsselstellung zu, deren Position gestärkt werden müsse. Insofern sei der geschilderte Ansatz konsequent fortzusetzen.

3.2 Der Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung zurückgezogen

3.3 aktuelle Informationen zum Bleiberecht - Januar 2008 0646/2008

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 6). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Auf Nachfragen von Herrn Hess und Herrn Detjen erläutert Frau Dahmen, eine Aufenthaltserlaubnis werde auf Probe erteilt, wenn bestimmte Voraussetzungen, beispielsweise die Passbeschaffung, nicht vorlägen oder der Lebensunterhalt noch nicht überwiegend durch den Berechtigten sichergestellt werden könne. Die Altfallregelung sehe vor, dass die Betroffenen ihren Lebensunterhalt bis zum 31.12.2009 vollständig sicherstellten. Die befristete Aufenthaltserlaubnis eröffne die Möglichkeit, regelmäßig Gespräche mit den Berechtigten zu führen und auf ein dauerhaftes Bleiberecht hinzuwirken.

Auf Widerrufsverfahren durch das Bundesamt habe die Stadt Köln keine Einflussmöglichkeiten, sie werde lediglich über das Verfahren informiert. Unabhängig davon werde in diesen Fällen dennoch geprüft, ob eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden könne. Hierfür seien insbesondere die beiden Aspekte Aufenthaltsdauer sowie das Verhalten des Betroffenen während seines Aufenthaltes in der Bundesrepublik maßgeblich.

Eine Prognose, inwieweit alle Aufenthaltserlaubnisse auf Probe in eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis umgewandelt werden könnten, sei ihr nicht möglich. Dies sei von zahlreichen Faktoren, wie beispielsweise der Sicherstellung des Lebensunterhaltes sowie der Mitwirkung des Betroffenen, abhängig.

Darüber hinaus sagt Frau Dahmen zu, sofern aus der Statistik die Personengruppe, welche die zeitlichen, jedoch nicht die inhaltlichen Voraussetzungen erfülle, auswertbar sei, werde dies in das Berichtswesen aufgenommen.

Frau dos Santos Herrmann, Herr Granitzka und Herr Zimmermann betonen, die Arbeit der Verwaltung sei positiv zu bewerten. In den letzten Monaten habe sie zahlreichen Menschen eine Perspektive für ein dauerhaftes Bleiberecht eröffnen können und die vom Rat beschlossenen Maßnahmen seien bislang erfolgreich umgesetzt worden.

3.4 Vereinbarung zwischen Taxi Ruf Köln eG. und Stadt Köln zur Qualitätsverbesserung im Taxigewerbe 0278/2008

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 7). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Repgen befürwortet die nach seiner Auffassung ehrgeizige Vereinbarung, die dauerhaft zu Qualitätsverbesserungen führen könne.

Er fragt nach dem aktuellen Stand der eingerichteten Service-Taxis. Darüber hinaus möchte er wissen, von welcher Gesamtzahl die Verwaltung bei der beabsichtigten Steigerung des Anteils der Service-Taxis auf bis zu 60% in 2010 ausgehe.

Die Verwaltung sagt eine Beantwortung zu einer der nächsten Sitzungen zu.

3.5 Standort Kölner Oktoberfest 0737/2008

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 8). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

4 Allgemeine Verwaltungsorganisation

Es lagen keine Mitteilungen vor.

5 Schriftliche Anfragen

5.1 Zusammenarbeit zwischen der Stadt Köln und der Bundeswehr im Rahmen der "ZMZ Inneres" Anfrage der Fraktion Die Linke.Köln vom 12.02.2008 AN/0250/2008

5.1.1 Stellungnahme der Verwaltung 0798/2008

Die Beantwortung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt. Der Ausschuss verweist sie zur Beratung in die nächste Sitzung.

6 Mündliche Anfragen

6.1 Handyparken

Herr Repgen bemängelt, dass durch Aufkleber an den Parkscheinautomaten auf die Möglichkeit des Handyparkens aufmerksam gemacht werde. Dieses Vorgehen erscheine ihm unprofessionell, zumal die Aufkleber sich beispielsweise bei Regen vermutlich lösen würden. Er fragt nach alternativen Lösungsmöglichkeiten.

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Stellungnahme im AVR sowie im Verkehrsausschuss zu.

6.2 Versorgungsämter

Auf Fragen von Herrn Detjen antwortet Herr Kahlen, vor Klageerhebung gegen das Land NRW wegen Verletzung des Konnexitätsgebotes warte die Stadt Köln zunächst ein entsprechendes Gutachten des Städtetages ab, um eine einheitliche Argumentationslinie zu gewährleisten.

Zu einer der nächsten Sitzungen sei ein Erfahrungsbericht vorgesehen, in dem dann auch auf eine mögliche Klage sowie die Angemessenheit der Mietkosten für das Gebäude Boltensternstraße eingegangen werde.

6.3 Änderungen des Landespersonalvertretungsgesetzes

Auf weitere Nachfrage von Herrn Detjen erläutert Herr Kahlen, derzeit würden die Auswirkungen der Änderungen des LPVG auf die Stadtverwaltung untersucht. Eine entsprechende Stellungnahme werde dem Ausschuss zur nächsten Sitzung vorgelegt.

7 Anträge

Anträge wurden nicht gestellt.

8 Platzvergaben

8.1 Neumarkt hier: Antrag von City-Marketing Köln, Richard-Wagner-Str. 16, 50674 Köln auf Durchführung einer Begleitveranstaltung "Köln auf dem Weg nach Pe- king zum verkaufsoffenen Sonntag am 06.04.2008 " auf dem Neumarkt und Zurverfügungstellung des Neumarktes incl. Auf- und Abbauzeiten vom 05.04.2008 bis zum 06.04.2008 0790/2008

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, City Marketing den Neumarkt zur Durchführung einer Begleitveranstaltung zum verkaufsoffenen Sonntag am 06.04.2008, incl. notwendiger Auf- und Abbauarbeiten vom 05.04.2008 – 06.04.2008, zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

9 Allgemeine Vorlagen

9.1 Neubau des Bezirksrathauses Rodenkirchen 4946/2007

Herr Zimmermann erläutert im Hinblick auf den im Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft getroffenen Beschluss, es bestehe Konsens, dass ein Überbauen der Grundstücke Parkplatz Barbarastraße und Walter-Rathenau-Straße nicht gewünscht sei. Dennoch sei das Areal als Ortsmittelpunkt in seiner Gesamtheit zu betrachten, ein Neubau des Bezirksrathauses müsse daher mit Blick auf das Umfeld erfolgen.

Herr Repgen fordert in dem Zusammenhang eine Umformulierung des Beschlusses, um Missverständnisse hinsichtlich der Grundstücke Parkplatz Barbarastraße und Walter-Rathenau-Straße zu vermeiden.

Frau von Bülow bittet ergänzend zur Beschlussvorlage, einen Architektenwettbewerb für das gesamte Areal auszuloben. Um das Verfahren nicht weiter zu verzögern, solle der Auftrag in dieser Sitzung beschlossen werden, der Ausschreibungstext sei dann dem Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft zur Beschlussfassung vorzulegen.

Sie weist nochmals auf die derzeit unzumutbare Arbeitssituation im Bezirksrathaus hin und bittet die Verwaltung, baldmöglichst eine Entscheidung hinsichtlich möglicher Ausweichbüros zu treffen.

Herr Granitzka stimmt einem Architektenwettbewerb zur Qualitätsverbesserung grundsätzlich zu, ein weiterer Zeitverlust sei jedoch nicht hinnehmbar.

Auf geäußerte Bedenken von Frau Roß-Belkner erwidert Herr Zimmermann, der Ausschuss sei sich über den Zeitrahmen von 60 Monaten einig. Auch solle kein weiteres Grundstück für den Neubau des Bezirksrathauses überplant werden. Für eine Verbesserung der Qualität sei ein Architektenwettbewerb mit einer gewissen Planungsfreiheit jedoch sinnvoll.

Zusammenfassend schlägt er folgenden ergänzenden Beschluss vor, mit dem ein eindeutiger Auftrag an die Verwaltung formuliert werde:

1. Dabei ist eine erkennbar bessere Wirtschaftlichkeit anzustreben als sie aus den beige-fügten Unterlagen ersichtlich ist.
2. Darüber hinaus sind in die Planungsüberlegungen die umgebenden Grundstücke ein-zubeziehen.
3. Die Verwaltung wird außerdem beauftragt, hierzu einen Architektenwettbewerb auszu-loben. Der Ausschreibungstext ist dem Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft zur Be-schlussfassung vorzulegen.
4. Der vorgelegte Zeit-/Maßnahmenplan von 60 Monaten ist als maximale Obergrenze zu betrachten. Es ist alles daran zu setzen, ihn zu reduzieren. Der Bezirksvertretung Ro-denkirchen ist halbjährlich zum Sachstand zu berichten.

Er bittet um Abstimmung.

Beschluss (in der mündlich geänderten Fassung):

Der AVR empfiehlt dem Rat die Annahme des nachstehenden Beschlusssentwurfes:

Der Rat beschließt, die städtische Liegenschaft Hauptstr. 85, Köln-Rodenkirchen als Stand-ort für das Bezirksrathaus dauerhaft beizubehalten und beauftragt die Verwaltung mit der Planung eines Neubaus für das Bezirksrathaus an diesem Standort. Die Planungskosten sind aus dem Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft zu finanzieren.

1. Dabei ist eine erkennbar bessere Wirtschaftlichkeit anzustreben als sie aus den beige-fügten Unterlagen ersichtlich ist.
2. Darüber hinaus sind in die Planungsüberlegungen die umgebenden Grundstücke ein-zubeziehen.
3. Die Verwaltung wird außerdem beauftragt, hierzu einen Architektenwettbewerb auszu-loben. Der Ausschreibungstext ist dem Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft zur Be-schlussfassung vorzulegen.
4. Der vorgelegte Zeit-/Maßnahmenplan von 60 Monaten ist als maximale Obergrenze zu betrachten. Es ist alles daran zu setzen, ihn zu reduzieren. Der Bezirksvertretung Ro-denkirchen ist halbjährlich zum Sachstand zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

9.2 Änderung der Hauptsatzung der Stadt Köln 4952/2007

Gemeinsamer Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.01.08

Herr Zimmermann erläutert die Hintergründe für den Änderungsantrag.
Es bestünden unter anderem Bedenken, inwieweit die Verwaltungsvorlage den Bestimmungen der Eigenbetriebsverordnung NRW widerspreche.
Mit dem Prüfauftrag unter Punkt 2. werde die Verwaltung zu einer entsprechenden Berichtserstattung aufgefordert.

Auf Rückfrage von Herrn Detjen bestätigt Herr Schmidt, eine Information des AVR, wie in Punkt 3. des Änderungsantrages aufgeführt, sei aus Sicht der Verwaltung unproblematisch.

Herr Zimmermann bittet um Abstimmung.

Beschluss über den Änderungsantrag:

1. Der § 28 – Personalangelegenheiten der Hauptsatzung der Stadt Köln wird wie folgt gefasst:
 - „(1) Der Oberbürgermeister trifft die dienstrechtlichen und arbeitsrechtlichen Entscheidungen, soweit gesetzlich oder in dieser Satzung nichts anderes bestimmt ist.
 - (2) Für Bedienstete in Führungsfunktionen sind Entscheidungen, die das beamtenrechtliche Grundverhältnis oder das Arbeitsverhältnis des Bediensteten zur Stadt Köln verändern, durch den Hauptausschuss im Einvernehmen mit dem Oberbürgermeister zu treffen. Dies gilt nicht bei Entlassungen auf eigenen Antrag sowie für Entscheidungen, für die gesetzlich etwas anderes bestimmt ist.
 - (3) Kommt ein Einvernehmen nicht zu Stande, kann der Rat die Entscheidung mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Ratsmitglieder treffen. Bei diesen Entscheidungen stimmt der Oberbürgermeister nicht mit. Wird diese Mehrheit nicht erreicht, gilt Absatz 1.
 - (4) Bedienstete in Führungsfunktionen sind Leiterinnen/ Leiter von Organisationseinheiten, die dem Hauptverwaltungsbeamten oder einer anderen Wahlbeamtin/ Wahlbeamten oder dieser/diesem in der Führungsfunktion vergleichbaren Bediensteten unmittelbar unterstehen, mit Ausnahme von Bediensteten mit Aufgaben einer persönlichen Referentin/ eines persönlichen Referenten oder einer Pressereferentin/ eines Pressereferenten“
2. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob in Anwendung der oben genannten Absätze 1 bis 3 des § 28 der Hauptsatzung der Stadt Köln eine weitere Regelung für die Eigenbetriebe und eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen der Stadt Köln zulässig ist. Eine Beschlussfassung ist dann gegebenenfalls mit einer separaten Vorlage herbeizuführen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, Entscheidungen, die das beamtenrechtliche Grundverhältnis oder das Arbeitsverhältnis von Bediensteten in Führungsfunktionen zur Stadt Köln verändern, dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen mitzuteilen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

Beschluss über die Verwaltungsvorlage (in der mündlich geänderten Fassung):

Der AVR empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussentwurfes:

Der Rat der Stadt Köln macht von seinem Recht gem. § 73 Abs. 3 Satz 2 der Gemeindeordnung NRW (GO) Gebrauch und beschließt die in Anlage 1 beigefügte Satzung zur Änderung der Hauptsatzung (hier: Neufassung von § 28 Hauptsatzung) unter Berücksichtigung folgender Änderungen:

1. Der § 28 – Personalangelegenheiten der Hauptsatzung der Stadt Köln wird wie folgt gefasst:

„(1) Der Oberbürgermeister trifft die dienstrechtlichen und arbeitsrechtlichen Entscheidungen, soweit gesetzlich oder in dieser Satzung nichts anderes bestimmt ist.

(2) Für Bedienstete in Führungsfunktionen sind Entscheidungen, die das beamtenrechtliche Grundverhältnis oder das Arbeitsverhältnis des Bediensteten zur Stadt Köln verändern, durch den Hauptausschuss im Einvernehmen mit dem Oberbürgermeister zu treffen. Dies gilt nicht bei Entlassungen auf eigenen Antrag sowie für Entscheidungen, für die gesetzlich etwas anderes bestimmt ist.

(3) Kommt ein Einvernehmen nicht zu Stande, kann der Rat die Entscheidung mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Ratsmitglieder treffen. Bei diesen Entscheidungen stimmt der Oberbürgermeister nicht mit. Wird diese Mehrheit nicht erreicht, gilt Absatz 1.

(4) Bedienstete in Führungsfunktionen sind Leiterinnen/ Leiter von Organisationseinheiten, die dem Hauptverwaltungsbeamten oder einer anderen Wahlbeamtin/ Wahlbeamten oder dieser/diesem in der Führungsfunktion vergleichbaren Bediensteten unmittelbar unterstehen, mit Ausnahme von Bediensteten mit Aufgaben einer persönlichen Referentin/ eines persönlichen Referenten oder einer Pressereferentin/ eines Pressereferenten“

2. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob in Anwendung der oben genannten Absätze 1 bis 3 des § 28 der Hauptsatzung der Stadt Köln eine weitere Regelung für die Eigenbetriebe und eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen der Stadt Köln zulässig ist. Eine Beschlussfassung ist dann gegebenenfalls mit einer separaten Vorlage herbeizuführen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, Entscheidungen, die das beamtenrechtliche Grundverhältnis oder das Arbeitsverhältnis von Bediensteten in Führungsfunktionen zur Stadt Köln verändern, dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen mitzuteilen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**9.3 Einführung eines neuen elektronischen Dokumentations- und Abrechnungssystems im Rettungsdienst bei 37
5386/2007**

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussentwurfes:

Der Rat stellt den Bedarf zur Einführung eines elektronischen Dokumentations- und Abrechnungssystems im Rettungsdienst bei 37 fest und beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung des Vergabeverfahrens.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**9.4 1. Satzung zur Änderung der Satzung der Volkshochschule Köln (Volkshochschulsatzung)
2779/2007**

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussentwurfes:

Der Rat beschließt, §§ 7-11 der Satzung der Volkshochschule Köln in der Fassung vom 14.06.2000 aufzuheben und durch die in Anlage 1 aufgeführte Neufassung der §§ 7-11 zu ersetzen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**9.5 Neufassung der Satzung über die Erhebung von Gebühren und Kostenersatz für die Leistungen der Berufsfeuerwehr und der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Köln (Feuerwehrsatzung)
4805/2007**

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussentwurfes:

1. Der Rat beschließt die Satzung über die Erhebung von Gebühren und Kostenersatz für die Leistungen der Berufsfeuerwehr und der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Köln (Feuerwehrsatzung) in der als Anlage 1 zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.
2. Der Rat nimmt zustimmend Kenntnis von den als Anlage 2, Anhang A bis Anhang F beigefügten Kostendeckungsberechnungen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**9.6 Einrichtung eines "Gefährdungsmeldungs-Sofort-Dienst" (GSD) des Amtes für Kinder, Jugend und Familie zur Bearbeitung von Meldungen mit Verdacht auf Kindeswohlgefährdung
0016/2008**

Frau dos Santos Herrmann bittet, bei Beschlussfassung die Anregungen des Integrationsrates zu berücksichtigen.

Der Ausschuss ist hiermit einverstanden.

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussetwurfes:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Einrichtung eines „Gefährdungsmeldungs-Sofort-Dienstes“ (GSD) zu Annahme, Einschätzung und Bearbeitung von Meldungen mit Verdacht auf Kindeswohlgefährdung ab 01.07.2008.

Zur Umsetzung beschließt der Rat die Einrichtung von 45,5 Sozialarbeiterstellen (Verg.Gr. Vb / IVb / IVb+VG 10/17) zum Stellenplan 2008. Da der Start des neuen Dienstes frühestens ab 01.07.2008 erfolgen kann, sind in 2008 lediglich 50% der benötigten Finanzmittel erforderlich.

Die haushaltsmäßigen Auswirkungen werden im Rahmen des Veränderungsnachweises zum Haushalt 2008 im Teilplan 0601 Kinder-, Jugend-, und Familienhilfe berücksichtigt. Dies führt zu einer Erhöhung der jahresbezogenen Deckungslücke in 2008 um rd. 1,64 Mio. € und in den Folgejahren um jeweils rd. 3,28 Mio. €.

Die Finanzierung des Finanzbedarfs ab 2009 richtet sich nach Maßgabe der jeweiligen Haushaltspläne.

Anregung des Integrationsrates:

Der Integrationsrat bittet den Rat der Stadt Köln, die Verwaltung zu beauftragen, dass bei der Besetzung der im Rahmen der einzurichtenden (GSD) bewilligten Stellen die Notwendigkeit einer verstärkten interkulturellen Öffnung der Einrichtung beachtet wird.

Bei Einstellung ist daher Fachpersonal mit ausreichender interkultureller Kompetenz und mit entsprechendem sprachlichen und interkulturellen Hintergrund zu berücksichtigen. Als Orientierungsgröße sollte hierfür der bezirkliche Anteil der Familien mit Migrationshintergrund dienen.

Abstimmungsergebnis:

Vorbehaltlich der Zustimmung des Jugendhilfeausschusses und mit den Anregungen des Integrationsrates einstimmig zugestimmt

9.7 Die Vorlage wurde in den nichtöffentlichen Teil der Sitzung (TOP 15.2) verschoben

**9.8 Erlass einer Rechtsverordnung nach § 6 Ladenöffnungsgesetz NRW (LÖG NRW) für die Genehmigung der Sonderöffnung von Verkaufsstellen in verschiedenen Kölner Stadtteilen
0301/2008**

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlusentwurfes:

Der Rat beschließt gemäß § 41 der Gemeindeordnung NRW in Verbindung mit § 6 LÖG NRW den Erlass der als Anlage 1 beigefügten Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an den in der Verordnung aufgeführten Tagen und Zeiten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

9.9 Der Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung zurückgezogen

**9.10 Öffentliche Ausschreibung der Weihnachtsmärkte auf dem Alter Markt/Heumarkt und/oder auf dem Neumarkt
4685/2007**

**Ergänzende Mitteilung der Verwaltung
0684/2008**

Herr Granitzka schlägt vor, die Mitgliederzahl der Findungskommission zu reduzieren, um Entscheidungsprozesse zu vereinfachen. Darüber hinaus bitte er nochmals um Prüfung, ob dem Veranstalter eine Aufbauzeit von zwölf Tagen eingeräumt werden könne. Im Nachgang sei dann zu evaluieren, inwieweit die Aufbauzeit ausreichend sei und gegebenenfalls noch reduziert werden könne.

Herr Repgen schließt sich dem Vorschlag zur Reduzierung der Findungskommission an. Hinsichtlich der Bewertungsmatrix schlage er eine Gewichtung wie im Wirtschaftsausschuss diskutiert vor. Der Schwerpunkt solle nicht in der Anordnung der Aufbauten sondern im Kriterium Gestaltung des Marktbildes liegen.

Herr Wolter bittet neben einer Bewertungsanhebung des Kriteriums Gastronomie- und Warenangebot auf 6 Punkte um folgende weitere Änderung der Beschlussvorlage:
In Anlage 1, Punkt 4 bzw. in Anlage 2, Punkt 5 solle folgender Satz ergänzt werden:
Die angebotenen Speisen und Getränke sollen entweder aus fairem Handel, ökologischem Anbau oder aus regionaler Direktvermarktung stammen.

Herr Zimmermann regt an, die Findungskommission auf 9 Teilnehmer zu reduzieren. Der Änderungsantrag von Herrn Wolter könne als Sollkriterium in die Beschreibung des Merkmals Gastronomie- und Warenangebot aufgenommen und die Bewertung entsprechend auf 6 Punkte angehoben werden.

Des Weiteren empfiehlt er, gemäß der Anregung des Wirtschaftsausschusses ein zusätzliches Kriterium -Bonität/Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit- mit der Gewichtung 4 in die Bewertungsmatrix aufzunehmen.

Das Merkmal Anordnung der Aufbauten solle nach seiner Auffassung mit 4 Punkten bewertet werden, wie auch in der Verwaltungsvorlage vorgesehen.

Herr Zimmermann bittet um Abstimmung.

Beschluss (in der mündlich geänderten Fassung):

- A. Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen nimmt den als Anlage beige-fügten modifizierten Ausschreibungstext zur Kenntnis.
- B. Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen beschließt die Zusammensetzung einer Findungskommission durch jeweils vier Vertreterinnen/Vertreter der Verwaltung, der Bezirksvertretung Innenstadt, des Wirtschaftsausschusses und des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen.

Änderungen:

- Die Bewertungskriterien werden wie folgt geändert:
Referenzen/bisherige Erfahrungen: Gewichtung 6 statt 2
Gastronomie und Warenangebot: Gewichtung 6 statt 5
Die Beschreibung/der Bezug erhält folgenden Zusatz: „Die angebotenen Speisen und Getränke sollen entweder aus fairem Handel, ökologischem Anbau oder aus regionaler Direktvermarktung stammen.“
- Aufnahme des Bewertungskriteriums Bonität/Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit mit der Gewichtung 4
- Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen beschließt die Zusammensetzung einer Findungskommission durch jeweils 1 Vertreterinnen/Vertreter der Verwaltung, 4 Vertreterinnen/Vertreter der Bezirksvertretung Innenstadt sowie 4 Vertreterinnen/Vertreter der Ratsfraktionen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

Beschluss über das Bewertungskriterium Anordnung der Aufbauten:

Dieses Kriterium erhält die Gewichtung 4 (wie in der Verwaltungsvorlage vorgesehen).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Enthaltung der FDP-Fraktion zugestimmt

**9.11 Beschluss über die ordentliche Mitgliedschaft der Stadt Köln beim Türkisch-Deutschen Industrie- und Handelskammer - Unternehmerverband e. V. (TD-IHK)
0380/2008**

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussentwurfes:

Der Rat beschließt

1. die ordentliche Mitgliedschaft der Stadt Köln, vertreten durch das Amt für Wirtschaftsförderung, in dem unter der Registernummer VR 14428 im Vereinsregister eingetragenen Verein

sowie

2. die Wahrnehmung der Mitgliedschaftsrechte der Stadt Köln durch den jeweiligen Leiter des Amtes für Wirtschaftsförderung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**9.12 Einrichtung von sieben Mehrstellen für die Objektbetreuung an Schulen, Kindertagesstätten und Verwaltungsgebäuden
5417/2007**

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussentwurfes:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Einrichtung von sieben Stellen TA, VGr. Vb/IVb/IVa BAT (EGr. 10 TVöD) für die Objektbetreuung und Bauunterhaltung an Schulen, Kindertagesstätten und Verwaltungsgebäuden bei der Gebäudewirtschaft (GW) zum Stellenplan 2008.

Um die Stellen kurzfristig besetzen zu können, werden bis zum Inkrafttreten des Stellenplans 2008 verwaltungsintern Verrechnungsstellen zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**9.13 Änderung der Vergnügenssteuersatzung für Spielgeräte
0225/2008**

Auf Rückfrage von Herrn Granitzka antwortet Frau Meng, die Satzungsänderung habe keine haushaltsrechtlichen Auswirkungen.

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussentwurfes:

Der Rat beschließt die 4. Satzung zur Änderung der Satzung zur Besteuerung des Spielvergnügens an Spielgeräten im Gebiet der Stadt Köln in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung (Anlage 2).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

Zimmermann
Vorsitzender

Meier
Schriftführerin